

Aktionsgruppe Schluss mit Kliniksterben in Bayern

Egerländerweg 1, 95502 Himmelkron, www.schlusskliniksterbenbayern.jimdofree.com



FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION

Petra Ranke

Fraktionsgeschäftsführerin

petra.ranke@fw-landtag.de

Susann Enders, MdL

Gesundheitspolitische Sprecherin

christina.walser-peters@fw-landtag.de

Maximilianeum

Max-Planck-Str. 1

81627 München

Standortsicherung aller bayerischen Krankenhäuser Ihr Schreiben vom 12.01.2021

Sehr geehrte Fraktionsgeschäftsführerin Petra Ranke,
sehr geehrte Gesundheitspolitische Sprecherin Susann Enders,

die Aktionsgruppe „Schluss mit Kliniksterben in Bayern“ hatte Sie am 29.11.2020 und am 07.12.2020 aufgefordert, Verschärfungen des Lockdown im Bayerischen Landtag von einer Standortzusage aller bayerischen Krankenhäuser abhängig zu machen.

Wir danken Ihnen in diesem Zusammenhang für Ihr Antwortschreiben vom 12.01.2021.

Leider sind Sie **nicht direkt auf unsere Aufforderung eingegangen** sondern haben stattdessen die bisherige Krankenhauspolitik der Bayerischen Staatsregierung beschrieben und begründet.

Mittlerweile liegt uns ein bemerkenswertes Interview des neuen Bayerischen Staatsministers für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek in den Nürnberger Nachrichten vor, das wir auszugsweise zitieren möchten, und das eine Richtungsänderung andeutet. *„Wir brauchen radikale Lösungen, was Arbeitsbedingungen angeht ebenso wie bei der Bezahlung. ... Das wird richtig kosten. Die Frage ist: Was ist es uns wert? Wenn wir die Frage ehrlich beantworten, dann wird es teuer. ... Unser System funktioniert nicht mehr richtig. Wir haben es zu sehr ökonomisiert. ... Wir wollen im Moment kein Krankenhaus schließen. Gerade in der Pandemie spüren wir, wie wichtig eine dezentrale Versorgung ist. Und ich bin ein Verfechter der Krankenhäuser im ländlichen Raum.“* *1)

Wir sind der Ansicht, dass es eines **ebenso klaren Bekenntnisses aller Fraktionen im Bayerischen Landtag** bedarf. Die Bevölkerung hält sich seit Monaten mehrheitlich an strenge Corona-Ausgangsbeschränkungen. Jetzt hat die Bevölkerung Anspruch darauf, dass Sie die Bayerische Staatsregierung zum Erhalt aller bayerischen Krankenhäuser auffordern.

Ergreifen Sie bitte diese Chance und schaffen Sie Vertrauen!

Was Ihr Schreiben vom 12.01.2021 betrifft, hat uns die Delegation der Krankenhausplanung, die Länderangelegenheit ist, an die Kommunen schon sehr verwundert.

1. Zitat: *„Die Aufnahme eines Krankenhauses in den Krankenhausplan setzt die Initiative des Krankenhausträgers voraus (antragsgebundenes Verfahren). Durch den Krankenhausplan kann umgekehrt nicht die Vorhaltung bestimmter Angebote erzwungen werden (Beispiel Hersbruck). Die Krankenhausplanung kann lediglich innerhalb der gegebenen rechtlichen Grenzen Anträge ganz oder teilweise ablehnen. Sicherstellungs verpflichtet für die Krankenhausversorgung sind die Landkreise und kreisfreien Städte (Art. 51 der Landkreisordnung). Es liegt grundsätzlich in der Entscheidungshoheit der Kommune, mit wie vielen Krankenhäusern an welchen Standorten sie ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen will.“*

Hierzu stellen sich folgenden Fragen:

- 1.1) Delegieren Sie bzw. die Bayerische Staatsregierung damit nicht Standortfrage an die Krankenhausträger?
- 1.2) Welchen Handlungsspielraum hat in diesen Fällen die Bayerische Staatsregierung, um bedarfsnotwendige Klinikstandorte in Bayern zu sichern?
- 1.3) Was wird die Bayerische Staatsregierung z.B. tun, wenn der Träger seinen Klinikstandort aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr halten kann bzw. will, das Bayerische Gesundheitsministerium bzw. der Krankenhausplanungsausschuss den Klinikstandort jedoch als bedarfsnotwendig einstuft?
- 1.4) Was wird die Bayerische Staatsregierung unternehmen, wenn es eine stationäre Fachabteilung für bedarfsnotwendig hält (z.B. hohe Entfernung zu einem Krankenhaus mit gleicher Fachabteilung), der Träger aber aus wirtschaftlichen oder konzeptionellen Gründen diese Fachabteilung aufgeben will?

2. Zitat: *„Desweiteren kann auch die Umwandlung in Intersektorale Gesundheitszentren (IGZ) eine geeignete Möglichkeit sein, um Krankenhausstandorte zu erhalten.“*

Hierzu stellen sich folgende Fragen:

- 2.1 Ist ihnen bewusst, das Intersektorale Gesundheitszentren (IGZ) *2) keinen adäquaten Ersatz eines akutstationären Krankenhauses darstellt?
- 2.1 Ist Ihnen bekannt, dass dort die durchgehende Anwesenheit der Ärzte an 7 Tagen und 24 Stunden und auch die im ländlichen Raum notwendige Notfallversorgung fehlt? Durchgehend stehen Ärzte eines IGZ bzw. IVZ wöchentlich gerade 40 Stunden zur Verfügung, Kliniken stellen die Ärzte jedoch 168 Stunden bereit.
- 2.3 Wie wollen Sie Ihren angestrebten *„Kompromiss zwischen medizinischer Leistungsfähigkeit und Wohnortnähe“* bzw. Ihre versprochene *„qualitativ hochwertige und flächendeckende Krankenhausstruktur“*, begründen, wenn gut funktionierende (aber leider unwirtschaftliche) Krankenhäuser mit durchgehender ärztlicher Anwesenheit teilweise durch niederschwellige Intersektorale Gesundheitszentren (IGZ) ersetzt werden sollen.

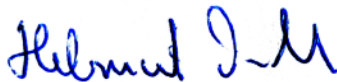
Gerne erwarten wir Ihre Rückmeldung.

Freundliche Grüße



Dr. Rainer Hoffmann Klaus Emmerich
Chefarzt i.R. Klinikvorstand i.R.

Angelika Pflaum Horst Vogel
Bürgerinitiative zum Erhalt des Hersbrucker
Krankenhauses



Helmut Dendl
Bundesverband Gemeinnützige Selbsthilfe Schlafapnoe Deutschland e.V. GSD

Anlage: Ihr Schreiben vom 12.01.2021

Himmelkron, 24.01.2021
www.schlusskliniksterbenbayern.jimdofree.com

*1) nordbayern.de, 2021, Nürnberg, "Pannen passieren": Bayerns Gesundheitsminister im Interview, <https://www.nordbayern.de/politik/pannen-passieren-bayerns-gesundheitsminister-im-interview-1.10752021>

*2) Intersektorale Gesundheitszentren, 2018, Gutachten im Auftrag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Bayreuth, https://www.kbv.de/media/sp/IGZ_Gutachten.pdf